

Die Erholung Europas.

Gestaltung der Zukunft für gerechte und widerstandsfähige Gesellschaften – unter Einbeziehung aller Generationen

A) Kontext

- Am 11. März 2020 verkündete die Weltgesundheitsorganisation (WHO), dass sich die Viruserkrankung COVID-19 seit ihrem Ausbruch zu einer weltumspannenden Pandemie entwickelt hat. Jeder war von dieser weltweiten Gesundheitskrise betroffen. Sie mutierte zu einer Gesundheitskrise, einer Wirtschaftskrise und veränderte durch Maßnahmen zur Eindämmung des Virus unseren Lebensstil, wodurch sie unser gesellschaftliches Leben enorm beeinflusste. Die Menschen in ganz Europa litten und mussten mit Krankheit und Tod umgehen. Viele hatten Angst um ihr eigenes Leben und das ihrer Lieben. Hinzu kommt, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie so manchem den Arbeitsplatz und die Lebensgrundlagen entzogen, was wiederum das Wohlbefinden und die psychische Gesundheit immer mehr in Mitleidenschaft gezogen hat. Gleichzeitig machte sich eine immer größere individuelle Solidarität bemerkbar, die für zukünftige Herausforderungen dieser Größenordnung Hoffnung keimen lässt.
- Der Umgang mit COVID-19 in der ersten Jahreshälfte von 2020 war im Wesentlichen von einzelstaatlichen Anstrengungen geprägt. Trotz mehrerer EU-weiter Initiativen fehlte eine gemeinsame europäische Ausrichtung, eben ein koordinierter europäischer Ansatz zur Bewältigung der Krise. Die Titelthemen in den Medien ließen die eine europäische Stimme nur schwach oder gar nicht erkennen. Die Bürger und Bürgerinnen fragten vergeblich nach den europäischen Werten und dem Respekt vor jedem Einzelnen.
- Die COVID-19-Krise hat viele Schwachpunkte bloßgelegt, von denen so mancher mit dem tief greifenden demografischen Wandel in Zusammenhang steht, der bereits jetzt unsere Gesellschaften und Gemeinschaften in Europa beeinträchtigt. Obwohl alle Altersgruppen dem Risiko einer COVID-19-Infektion ausgesetzt sind, besteht jedoch bei älteren Menschen eine deutlich erhöhte Gefahr eines schweren Verlaufs, wenn sie sich wegen körperlicher Gebrechen und Vorerkrankungen (Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Bluthochdruck, Diabetes usw.) anstecken. Des Weiteren waren Personen, die in Langzeitpflegeeinrichtungen wohnten, wegen

der räumlichen Nähe zueinander einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt. In viele europäischen Regionen haben die Lebens- und Pflegeumstände, der uneinheitliche und chaotische Umgang mit der Krise, der auf den Bewohnern und dem Personal lastende Leidensdruck die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung und von internationalen und europäischen Institutionen wie der Vereinten Nation (UN), der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE), der WHO/Europa, des Europäischen Kommissars für Menschenrechte des Europarates (CoE) usw. auf sich gelenkt. Wiederholt haben Schriftsteller ihre Sorgen über die Lage der Senioren in Langzeitpflegeeinrichtungen geäußert und sie als ‚häufig vernachlässigt, außerhalb unserer Wahrnehmung und als eine der schwächsten Gruppen‘ in unserer Gesellschaft bezeichnet. Andererseits ist ebenfalls anzumerken, dass viele Fälle von früherem Missmanagement über Jahre und sogar Jahrzehnte in Verbindung mit nicht erfolgten wirksamen Reformen in der Krise an die Oberfläche gekommen und augenfällig geworden sind.

- Entsprechend früherer Aussagen und Beschlüsse, wozu auch der Beschluss auf der ESU-Konferenz „Generationenübergreifende Sicherung der Lebensqualität“ in Prag (März 2020) sowie die ESU-Erklärung „Senioren setzen sich für Europa ein“ aus Sedanski von 2019 zählen, ruft die ESU die EVP-Parteien, die EPP innerhalb des EP und alle Politiker zu einer widerstandsfähigen Erholung auf, ohne dabei die älteren Generationen zu vergessen, insbesondere ältere Menschen, die in Langzeitpflegeeinrichtungen wohnen und sich häufig bei den letzten dramatischen Ereignissen vergessen fühlten.

B) Aufbau gerechterer und widerstandsfähigerer Gesellschaften

- Auch während der Kontaktsperre und des Lockdown arbeitete die ESU weiterhin an unserem Ziel, ‚mit älteren Menschen in ganz Europa in Verbindung zu treten‘. Umgesetzt werden soll dies auf dem Wege der Kontaktpflege und der Digitalisierung des gegenseitigen Austausches und der Kommunikation. Wir standen zusammen und zollten all jenen Anerkennung, die bei der täglichen Patientenversorgung an die äußerste Grenze ihrer Kräfte gingen. Deswegen äußern wir unsere Dankbarkeit gegenüber all jenen aus unserer Gesellschaft, die auf unterschiedliche Weise auf die sich ändernden Lebens- und Arbeitsbedingungen reagiert haben.
- Jetzt, da die Kontaktverbote gelockert werden, sollten die europäischen Institutionen und Gesellschaften in sämtlichen Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die neuen Erkenntnisse aus COVID-19 umzusetzen. Dies ist eine historische Gelegenheit zur Reflexion und zum Aufbau widerstandsfähigerer, gerechterer und inklusiverer Gesellschaften für alle Generationen. Der Erholungsprozess muss gemeinsam durchlaufen werden, wobei eine gemeinsame robuste Antwort auf die riesigen wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen gefunden werden muss. Es reicht nicht, wenn die Mitgliedstaaten alleine handeln. Die EU muss hier mit einiger Wirksamkeit und sichtbar in Erscheinung treten, indem sie die Gemeinsame Strategie anführt und dabei die Herausforderungen in unterschiedlichen Gebieten annimmt und die Bürger zuversichtlich stimmt, dass die nationalen und regionalen Regierungen sowie

die Interessengruppen auf allen Ebenen gemeinsam an einer Lösung arbeiten. Dazu dient unter anderen Maßnahmen das Erreichen einer abschließenden Übereinkunft über den langfristigen EU-Haushaltsplan (1.100 Milliarden Euro für 2021-2027) und das außerordentliche Aufbauinstrument (750 Milliarden Euro) für die „Next Generation EU“-Initiativen.

- Wir begrüßen die Ankündigung eines „Grünbuches“ zum demografischen Wandel, der an den Report on the Impact of Demographic Change (2020) anknüpft. Dubravka Šuica, Vizepräsident für Demokratie und Demografie, äußerte sich so: „Die Bewältigung des demografischen Wandels ist der Schlüssel zum Aufbau einer gerechteren und widerstandsfähigeren Gesellschaft.“ Die ESU als Vertreterin einer großen Anzahl aktiver älterer Bürger und Bürgerinnen in Europa möchte Teil dieser auf die Zukunft gerichteten Erholung sein. Auf der Grundlage der ‚Erklärung zur europäischen Solidarität und zum Schutz der Grundrechte in der COVID-19-Pandemie‘ (Europäische Gruppe für Ethik der Naturwissenschaften und der Neuen Technologien, 2. April 2020) müssen wir dieser Situation mit Stärke, Sorgfalt und Solidarität entgegentreten – mit einem gesellschaftlichen Impfstoff, der unsere Forschung nach einem COVID-19-Impfstoff mit anhaltender Wirkung begleitet. Einem, der Widerstandsfähigkeit, andauernde gesellschaftliche und wirtschaftliche Solidarität sowie anhaltende Immunität gegen Gleichgültigkeit erzeugt.

C) Gewährleistung der Achtung der Rechte älterer Menschen

- Menschenrechte sind in jeder Lage – und damit auch während der Akutphase der COVID-19-Krise – wertvoll und von grundlegender Bedeutung. Jede Politik muss ausnahmslos die Gleichwertigkeit aller Menschen, welche wiederum in einer gemeinsamen menschlichen Würde wurzelt, zur Grundlage nehmen. Die Menschenrechte der Älteren sind unterschiedslos und gleichwertig zu anderen zu schützen. Ein fortgeschrittenes Alter sollte niemals für sich genommen einen Grund für den Ausschluss von Spezialbehandlungen darstellen. Jeder muss Zugang zur benötigten Gesundheitsfürsorge und Langzeitpflege haben. Die Leitlinien für schwierige Entscheidungen in der Gesundheitsfürsorge mit Auswirkungen auf ältere Menschen bestehen in einer Verpflichtung zur Würde und im Recht auf Gesundheit.
- Während der Lockerung ist es entscheidend, dass deren Risiken Berücksichtigung finden. Hochrisikogruppen wie ältere anfällige Menschen, solche mit Vorerkrankungen (z. B. mit Herz-Kreislaufkrankungen, Diabetes, chronischen Atemwegs- und Krebserkrankungen usw.) sind schutzbedürftig, jedoch kann auch hier das Alter allein nicht der Grund dafür sein, Entscheidungen zur Aufhebung bzw. zum Weiterführen dieser Maßnahmen zu treffen oder „Menschen eines bestimmten Alters“ länger in Isolation leben zu lassen.
- Das Coronavirus hat die Vorurteile gegen Senioren verschärft. Während der letzten Monate wurden ältere Menschen immer häufiger als gebrechlich, abhängig und als Last für die Gesellschaft gebrandmarkt und stigmatisiert, als ob alle Älteren dieselben Symptome und

dieselben Sterberisiken alleinig wegen ihres Alters aufwiesen. Hassrede und Altersdiskriminierung sind in den Medien präsenter geworden. Durch Isolierung und Lockdown haben Misshandlungen alter Menschen und Altersdiskriminierung zugenommen. Gewalt gegen ältere Menschen nimmt zu. Die Bekämpfung von Diskriminierung und Missbrauch älter Menschen beinhaltet die Bekämpfung von Seniorenfeindlichkeit als struktureller Faktor der Stereotypisierung.

- Während der Akutphase der COVID-19-Ausbreitung und des Lockdown durchlebten ältere Menschen, die häufig Großeltern waren und Achtung seitens aller Generationen verdienten, eine sehr schwierige Lage. Besonders in Altenpflegeheimen erlebten Bewohner als auch medizinisches und Pflegepersonal dramatische Momente. Abstandsregeln verschlimmerten das Risiko der sozialen Isolation in Pflegeeinrichtungen sowie für Alleinlebende. Angepasste soziale Unterstützung und intelligente Bemühungen, ältere Menschen zu erreichen, könnten – und können – diesen dabei helfen, das Gefühl, ‚Teil einer Gemeinschaft zu sein‘, zu erhalten.

D) Gesundheits- und Sozialfürsorge für ältere Menschen

- Die Gesundheitsfürsorge und Langzeitpflegesysteme in Europa stehen bei der COVID-19-Pandemie an vorderster Front. Die letzten Monate haben mehr als verdeutlicht, dass die EU und die Mitgliedstaaten im Sinne einer koordinierten, wirksamen Antwort auf die COVID-19-Pandemie zusammen arbeiten müssen. Die Coronavirus-Pandemie hat die Anfälligkeit unserer Gesundheitsversorgungssysteme in den Mitgliedstaaten und unseren Gesellschaften verschlimmert und offen gelegt. Es ist an der Zeit, die europaweite Koordinierung zu verbessern und die Mitgliedstaaten darin zu unterstützen, ihre Systeme im öffentlichen Gesundheitswesen – insbesondere für Notlagen – zu stärken. In den letzten Monaten wurden mehrere Initiativen einschließlich des Programms EU4Health, der gemeinsamen Entwicklung eines Impfstoffs, der Mobilisierung von Ressourcen durch internationale Zusagen und durch einen Zusammenschluss mit Ländern und globalen Gesundheitsorganisationen zur Förderung des allgemeinen Testens, Behandelns und Impfens ergriffen. Zur Beherrschung zukünftiger Herausforderungen wie der COVID-19-Krise ist es erforderlich, dass alle normalen medizinischen Einrichtungen (Krankenhäuser, Polikliniken usw.) in der Lage sind, ein voll funktionsfähiges Spektrum an gewöhnlichen, regulären und angemessenen medizinischen Dienstleistungen allen – insbesondere den älteren – Patienten so bald wie möglich anzubieten.
- Gesundheits- und Pflegepersonal im Gesundheits- und insbesondere im Langzeitpflegebereich bedürfen besserer Arbeitsbedingungen. In der Pandemie waren sie ‚unsere Helden‘. Die größte Herausforderung besteht in der Deckung einer wachsenden Nachfrage nach ausreichenden, zugänglichen, hochqualitativen und bezahlbaren Gesundheits- und Langzeitpflegedienstleistungen, die in der europäischen Säulen sozialer Rechte verankert sind. Die Gewährleistung eines hochwertigen Schutzes der menschlichen Gesundheit und Pflege verlangt nach der richtigen Infrastruktur wie Krankenhäuser, und an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasste Langzeitpflegeheime und -wohnungen.

- Unsere Gesellschaften benötigen Gesundheits-, Sozial- und Langzeitpflegesysteme mit individualisierter Unterstützung älterer Menschen, welche gleichzeitig deren volle Eingliederung in die Gemeinschaft fördern. Wie kommen wir dahin? Diese Frage war bereits mehrere Jahrzehnte lang in unserer alternden Gesellschaft von Bedeutung, die aber während der Corona-Krise zu einer brennenden wurde. Auch unter Berücksichtigung der staatlichen Zuständigkeiten auf mehreren Ebenen und der größtmöglichen Einbeziehung des Subsidiaritätsgedankens kommen wir nicht umhin, festzustellen, dass wir alle betroffen sind. Regierungen, Interessengruppen, Bürger und Bürgerinnen Die Langzeitpflege ist eine der entscheidenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen des demografischen Wandels innerhalb der EU. In Europa können wir voneinander lernen, wie diese Einrichtungen unter Beachtung der Rechte und Bedürfnisse älterer Menschen zu organisieren sind.
- Deswegen appellieren wir an die Aufnahme der Langzeitpflege in die Scoreboard-Sozialindikatoren, die dann in die Länderberichte im Rahmen des Europäischen Semesters einfließen. Dabei wird die eher qualitative Beurteilung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen in der EU ergänzt und somit eine der Antworten auf die dauerhaften Herausforderungen des demografischen Wandels in unseren Gesellschaften gegeben.

E) Solidarische Erholung – zusammen

- In diesen schwierigen Zeiten fordern wir Solidarität ein, die jeden einschließt, insbesondere die am stärksten Betroffenen. Wir hoffen angesichts der jüngsten dramatischen Erfahrungen auf eine breit geführte Debatte über unseren Lebensstil, insbesondere über den Schutz der Hochgefährdeten in unserer Gesellschaft und über die Art unserer Fürsorge für ältere Menschen. Bei allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und humanitären Antworten sind die Bedürfnisse älterer Menschen vollständig zu berücksichtigen; diese Forderung umschließt die Gesundheitsfürsorge genauso wie den Sozialschutz und ein annehmbares Einkommen. Da die meisten älteren Menschen Frauen sind, bei denen das Risiko des Abgleitens in die Armut in diesem Lebensabschnitt am größten ist, sind sie es, die unserer besonderen Solidarität bedürfen.
- Da Solidarität keine Einbahnstraße ist, möchte sich die ESU als starker Interessenvertreter der älteren Bevölkerung unseres Kontinents ebenfalls mit den jüngeren Generationen solidarisch zeigen und den Green Deal der EU mittragen und für die Wiederherstellung des Klimas und der Umwelt kämpfen.
- Wir müssen Initiativen für ein gesundes Altern und lebenslanges Lernen vorantreiben; dazu zählen digitale Kompetenzen in allen Altersgruppen. Während digitale Kommunikation in einigen Ländern – und dort auch bei den Älteren – gang und gäbe ist, sind diese Kenntnisse in anderen Regionen nie erworben worden. Diesen Menschen fehlt somit ein wesentliches Kommunikationsmittel. In jeder inklusiven Gesellschaft ist für den Zusammenhalt zwischen den Gruppen der Zugang zu verfügbarer Technologie eine Grundvoraussetzung. Lebenslanges

Lernen, Teilhabe an der digitalen Welt der Wissenschaften und der Kultur sowie soziales Netzwerken mit Kindern, Enkelkindern und Freunden sind da ein großer Gewinn aus diesen Lernprozessen. Zugang zur digitalen Welt: ein Muss für jede Generation.

Deswegen benötigen die älteren Generationen eine dauernde Unterstützung zum Erwerb der benötigten Fertigkeiten, um sich in der digitalen Welt bewegen zu können. Mittlerweile werden alle sowohl staatlichen wie auch privaten Einrichtungen in Europa inständig gebeten, diese Menschen in den klassischen Medien (Druckmedien, Zeitschriften, Fernsehen, Radio) als ersten Schritt anzusprechen und zu motivieren, um diejenigen ohne Online-Zugang mitzunehmen.

- Landflucht in Verbindung mit einer alternden Bevölkerung verlangt nach großzügigen Investitionen, will man die Jugend anlocken, Arbeitsplätze schaffen und ländliche Gegenden zum Leben erwecken, wobei auch die an alle Generationen angepassten Dienste einzurichten sind. In einigen alternden – insbesondere den ländlichen, abgelegenen oder gebirgigen – EU-Regionen trifft man Angebote der Langzeitpflege nur selten an. Wir begrüßen die Förderung der Seniorenwirtschaft, eines Sektors mit Potential zur Erhöhung der Lebensqualität älterer Menschen durch innovative Dienste, zu denen auch die Digitalisierung zählt. Dazu muss die Seniorenwirtschaft die Bedürfnisse von Senioren berücksichtigen und ihnen einschlägige Waren und Dienstleistungen anbieten, die ihren Bestrebungen und Wünschen entgegenkommen.
- Die meisten älteren Menschen, die frei von Krankheiten und Gebrechlichkeit sind, sind nicht abhängig und machtlos. Vielmehr möchten sie Teil aller gesellschaftlichen Bereiche sein. Sie gehören gänzlich zur Familie, arbeiten, sind ehrenamtlich tätig und eine wichtige Stütze bei der Pflege Anderer; sie unterrichten und lernen. Sie wollen die jüngere Generation an ihrer Lebenserfahrung, ihrem kulturellen und gesellschaftlichen Erbe teilnehmen lassen und ihren Blick mit ihnen gemeinsam gen Zukunft richten, um sie in Solidarität zwischen den Generationen nachhaltig zu gestalten. Sie hoffen, dass ihre Stimmen zählen.
- Als die Pandemie die Herausforderungen an Gesundheits- und Pflegesysteme in den Mittelpunkt rückte, wobei die Lage der Pflegeheime im Epizentrum stand, zeigte die Krise ebenso die Kraft und Bedeutung von Solidarität, Gesellschaft und gegenseitiger Unterstützung in Nachbarschaften und Gemeinden vor Ort, da sich die Menschen umeinander sorgten und sich dabei sowohl praktisch als auch seelisch unterstützten, was Angstgefühle, Isolation und Einsamkeit erträglicher machte. Weiterhin unterstreicht die COVID-19-Krise auch die Rolle der traditionellen Familie, weil Senioren mit familiären Bindungen die Krise deutlich besser überstanden haben als solche ohne familiäre Ansprache oder Alleinlebende. Dies hebt die Bedeutung von seelischem – und eben nicht nur materiellem – Beistand hervor.
- Als eine Folge aus der Krise unterstreicht die Analyse der ESU ganz klar die Sichtweise, dass die EU von nun an der Vorbeugung, Pflege und Gesundheitserziehung (lebenslanges Altern bei guter Gesundheit) für alle Generationen Vorrang einräumen soll, um unsere Gesundheitssysteme so gut wie möglich zu rüsten. Dies umfasst die bestmögliche

internationale Zusammenarbeit, insbesondere bei der Verbesserung des Austausches von Gesundheitsinformationen zwischen den Einrichtungen der EU-Mitgliedstaaten.

- Die ESU drängt darauf, diese Pandemie als einen Aufruf zur Solidarität zu begreifen und sich für widerstandsfähige Gesellschaften, in der jeder mitgenommen wird, einzusetzen. Festigen wir unsere europäischen Werte durch den Schutz und den Einsatz für Demokratie, Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit.

Und nicht zuletzt stehen alle Generationen als gleichwertig da und müssen in der kommenden Erholungsphase Europas gehört werden. In Europa kann der Erholungsprozess nur gemeinsam zum Erfolg geführt werden, indem man das Ziel zukünftiger gerechter und widerstandsfähiger Gesellschaften verfolgt.

Brüssel, den 7. August 2020